

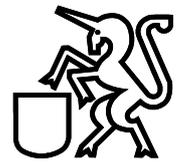


24. Sitzung (Doppelsitzung) Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 6. Juli 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	35 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Karin Kuster Stephan Schneider Max Senn Andreas Sturzenegger Hans-Felix Trachsler
Protokoll:	Marcel Amhof, Sekretär
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Anna Hermann: SVP und CVP Stefanie Huber: GEU und SP/ Juso
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 23. Sitzung vom 8. Juni 2009
3. Interpellation Patrick Angele (Juso) und sechs Mitunterzeichnende „Wiedereröffnung des Militärflugplatzes Dübendorf“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 192/2008
4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 14 Mitunterzeichnende „Kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 239/2009
5. Interpellation SP/Juso-Fraktion „Zooseilbahn“ / Begründung
Geschäft Nr. 242/2009
6. Postulat Patrick Angele (Juso) und fünf Mitunterzeichnende „Kein Abschluss ohne Anschluss!“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 243/2009
7. Ersatzwahl Jugendkommission
Geschäft Nr. 244/2009
8. Jahresrechnung 2008 / Genehmigung
Geschäft Nr. 221/2009
9. Geschäftsbericht 2008 / Genehmigung
Geschäft Nr. 222/2009



10. Sieben Bürgerrechtsgesuche
- 10.1. Barbir Katica, kroatische Staatsangehörige, Untere Geerenstrasse 2
Geschäft Nr. 205/2009
- 10.2. De Vito Gaetano und Liliana geb. Ponticello, italienische Staatsangehörige, Stägenbuckstrasse 23
Geschäft Nr. 206/2009
- 10.3. Horvath Janos und Maria geb. Varga, ungarische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 9
Geschäft Nr. 207/2009
- 10.4. Abdullahi Mohamed Hodan und Abdi Muse sowie das Kind Ibrahim, somalische Staatsangehörige, Überlandstrasse 226
Geschäft Nr. 209/2009
- 10.5. Antic Slavica geb. Aleksic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Bachstrasse 6
Geschäft Nr. 210/2009
- 10.6. Kavakli Hasim und die Kinder Ayse, Ibrahim, Ömer und Fadime Nur, türkische Staatsangehörige, Glärnischstrasse 4, 8604 Volketswil
Geschäft Nr. 227/2009
- 10.7. Herceg Jelena geb. Herceg, kroatische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 16
Geschäft Nr. 228/2009

1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung

Parlamentarische Vorstösse:

Das Postulat Patrick Angele „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird heute behandelt.

Die Interpellation SP/Juso-Fraktion „Zooseilbahn“ wird heute behandelt.

Die Interpellation Andrea Kennel / Hans Baumann „Städtisches Beschaffungswesen“ wird durch das Büro GR geprüft und an der nächsten Sitzung des GR behandelt.

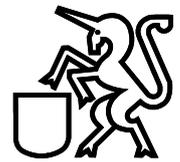
Die Schriftliche Anfrage Thomas Maier „Eis im Sommer“ wurde durch den Stadtrat beantwortet und ist damit abgeschlossen.

Zwei weitere Schriftliche Anfragen (Gaby Gossweiler „Verkehrssituation Aussenwacht Gfenn“ / Stephan Schneider „Verkehrssituation Grünenstrasse“) wurden dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Bürgerrechtsgesuche:

Neun Bürgerrechtsgesuche sind heute im Sekretariat eingegangen und werden der BRK zur Bearbeitung überwiesen.

- Doppelsitzung
Die heutige Sitzung ist je nach Verhandlungsdauer allenfalls eine Doppelsitzung, obwohl dies in der Sitzungseinladung nicht vermerkt worden ist.
- Nächste Sitzung
Die nächste GR-Sitzung findet am Montag, 7. September 2009 um 19.00 Uhr im Saal des ReZ statt.



- **Ersatz Stimmzähler**
Da der Stimmzähler Stephan Schneider abwesend ist, wird Anna Hermann als Ersatzstimmzählerin für die heutige Sitzung vorgeschlagen. Dieser Antrag wird nicht vermehrt. Damit ist Anna Hermann für die heutige Sitzung als Ersatzstimmzählerin gewählt.
- **Ratsausflug**
Der diesjährige Ratsausflug findet am Freitag, 4. September 2009 statt.

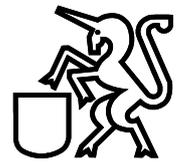
Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen nach Anmeldung vor der Sitzung:

Stadtrat André Ingold (SVP):

„Es ist mir klar, dass es sehr selten ist, dass ein Stadtrat die Gelegenheit nutzt und an einer Gemeinderatssitzung eine persönliche Erklärung abgibt. Doch durch die Fraktionserklärung der CVP anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung vom 8. Juni 2009 sehe ich mich als Verwaltungsratspräsident der SFD AG dazu gezwungen, einige in der Erklärung genannten Unwahrheiten betreffend der Sport- und Freizeitanlagen AG kurz in einer persönlichen Stellungnahme richtig zu stellen. Betreffend rauchender Mitarbeiter muss ich dem Sprecher der CVP in allen Belangen recht geben. Dies ist störend und nicht sehr anmachend für die eintreffenden Gäste. Man sollte jedoch bedenken, dass dieser Zustand schon in den vergangenen Jahren so war, und dies den Votanten damals anscheinend nicht interessiert hat. Wir haben schon kurz nach Amtsantritt des neuen Geschäftsführers beschlossen, dies nicht mehr zu tolerieren, und haben das im Gespräch mit den Mitarbeitenden durchgesetzt. Schliesslich haben wir als Badeanstalt eine Vorbildfunktion gegenüber jungen und jung gebliebenen Gästen. Die Bücherecke hat sich nicht in Luft aufgelöst, wie die CVP Fraktion meint. In Zusammenarbeit mit der städtischen Bibliothek wurde die Bücherecke aufgewertet und ist seit Ende Mai wieder vor Ort. Vielleicht ist die Bücherecke ja im Rauchqualm unserer Mitarbeiter nicht mehr zu sehen gewesen?! Die letzten Jahre wurde das Frühschwimmen immer in den Sommerferien jeweils am Mittwochmorgen angeboten. Wie wir von der SFD AG bereits in einer Pressemitteilung kommuniziert haben, wurde dieses Jahr das Frühschwimmen bereits vor den Sommerferien eingeführt, und dies von Dienstag bis Freitag, also nicht abgeschafft, sondern massiv ausgebaut. Dass der Votant in der Presse verlauten liess, dass die SFD AG nun auf seine Fraktionserklärung reagiert hat, kann ich verneinen. All diese Ideen bzw. Anpassungen wurden vom Geschäftsführer und dem Betriebsleiter schon früher dem Verwaltungsrat vorgeschlagen und auch umgesetzt. Ich bin überrascht über die Recherchen der CVP. Vor allem was noch viel bedenklicher ist als eine schlechte Recherche ist die Tatsache, dass all die vorhin genannten Punkte schon eine Woche vor besagter Fraktionserklärung zusammen mit der Geschäftsführung, Betriebsleitung und Votanten besprochen wurde und ihm erklärt wurde, dass alle beanstandeten Punkte erkannt seien und man die Korrekturen bereits in die Wege geleitet habe. Umso mehr überrascht mich nun diese, entschuldigen Sie bitte meine Wortwahl, Schaumschlägerei und Effekthascherei hier im Rat und parallel dazu in der Presse. Ich werde den Verdacht nicht los, dass diese Fraktionserklärung billige Wahlpropaganda ist und nun versucht wird, einen Entscheid, den man vor Jahresfrist nicht mittragen konnte, schlecht zu machen. Gerne sind wir weiterhin bereit, Anfragen aus dem Gemeinderat, wie es von der GEU oder der SP geschehen ist, zu beantworten. Die SFD AG arbeitet und kommuniziert offen und ehrlich, hat nichts zu verheimlichen. Gegen das Verbreiten von Halb- und Unwahrheiten haben wir aber etwas. Wir werden auch in Zukunft dezidiert, aber sachlich im Rat und in der Öffentlichkeit Auskunft geben.“

2. Protokoll der 23. Sitzung vom 8. Juni 2009

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.



3. Interpellation Patrick Angele (Juso) und sechs Mitunterzeichnende „Wiedereröffnung des Militärflugplatzes Dübendorf“ / Beantwortung Geschäft Nr. 192/2008

Stellungnahme Patrick Angele (Juso) zur Antwort des Stadtrates:

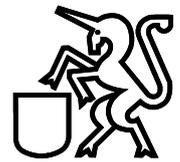
Er sei zufrieden mit der Arbeit des Stadtrates. Dieser habe die Zeichen der Zeit erkannt. Die Schliessung des Flugplatzes sei zukunftsweisend. Er könne mit Hoffnung in die Zukunft blicken, denn eine sinnvolle Nutzung des Geländes sei schwierig.

Allgemeine Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP):

Patrick Angele habe jetzt soeben als GSoA-Sekretär gesprochen, obwohl er versprochen habe, dies nicht mehr zu tun.

„Ich bin als gebürtige Dübendorferin befremdet von der vorliegenden Antwort des Dübendorfer Stadtrates. Für mich ist das Verhalten unserer Exekutive eine absolute Katastrophe. Die geradezu feindselige Haltung gegenüber der schweizerischen Landesverteidigung ist inakzeptabel und schadet dem Wohn- und Wirtschaftsstandort Dübendorf. Fakt ist, dass das Areal des Militärflugplatzes Dübendorf alleiniges Eigentum des Bundes ist. Woher nimmt der Stadtrat Dübendorf das Recht einzufordern, dass auf dem Militärflugplatz Dübendorf keine militäraviatische Nutzung mehr stattfinden dürfe? Landesverteidigung ist Kernaufgabe der Armee. Das Gelände des Militärflugplatzes Dübendorf ist nach wie vor integrierter Bestandteil der Schweizer Luftwaffe und ihren subsidiären Partner. Die Wahrung der Lufthoheit ist der bedeutendste Fähigkeitsbereich und die zentralste Aufgabe der Luftwaffe. Auf operationeller Ebene steht Dübendorf auch als Luftransport-Basis für die Ostschweiz zur Verfügung. Ein Bedürfnis der Armee ist es, jederzeit und an jedem Ort in der Schweiz Lufttransporte sicher durchzuführen zu können. Aus nationalem Interesse ist der Militärflugplatz Dübendorf als strategische Reserve der Schweizer Luftwaffe zu erhalten. Der militärische Flugbetrieb ist über das Jahr 2014 hinaus sicher zu stellen. Letztlich ist allein die Entscheidung des Bundes massgebend, was auf Basis Luftwaffe, Armee auf dem Gelände passiert. Dübendorf ist dank des Militärflugplatzes weit über die Landesgrenzen bekannt. Er ist besonders bedeutungsvoll für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und der Region. Zurzeit beheimatet er zahlreiche Helikopter, Leichtflugzeuge und einige Spezialflugzeuge. Wer behauptet, das gebe zusätzliche Lärmimmissionen liegt falsch, denn allein im letzten Jahr wurden rund 8000 Bewegungen generiert. Auch haben die Interessen der Landesverteidigung höchste Priorität. Ich erinnere daran, dass der Militärflugplatz Dübendorf als lokaler Arbeitgeber ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Region ist. Die Einsatzzentrale der Schweizer Luftwaffe, der Fachdienst Luftaufklärung, der Lehrverband für Führungsunterstützung, das Fliegerärztliche Institut und Einrichtungen von Armasuisse, Ruag, Rega bis Skyguide sind in Dübendorf stationiert. Der Militärflugplatz ist ein Anziehungspunkt für im Aviatikbereich tätige Unternehmen und wäre als militärisch geführtes Kompetenzzentrum ein Garant für den Erhalt von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In wirtschaftlichen schwierigen Zeiten wäre es gerade zu fatal, bestehende Arbeitsplätze zu gefährden. Auch aus diesem Grund setzte sich unsere Exekutive bisher für den Fortbestand des militärischen Flugbetriebes ein. Nun folgt die politisch gefärbte Kehrtwende, der Dübendorfer Stadtrat verlangt die vollständige Schliessung des Militärflugplatzes Dübendorf. Es ist geradezu ein Desaster, dass zugezogene Politiker dem grössten und bedeutendsten Militärflugplatz der Geschichte der Schweiz und der Wirtschaftsregion einen riesigen Schaden zuführen und das Vertrauen der Bevölkerung derart missbrauchen. Der sicherheitspolitische Bericht wird diesem unwürdigen Verhalten ein Ende setzen. Der Militärflugplatz Dübendorf wird voraussichtlich über das Jahr 2014 hinaus militärisch genutzt und weiter mit Helikopter und Flächenflugzeugen betrieben werden. Als gebürtige Dübendorferin frage ich mich, wie der Stadtrat noch mit dem Bund zusammenarbeiten will, wenn er sich dermassen gegen die Interessen der schweizerischen Landesverteidigung stellt.“



Andrea Kennel (SP):

Im Titel der Interpellation heisse es „... und sechs Mitunterzeichnende“, die Interpellation komme also von der gesamten SP/Juso-Fraktion. Nicht alle Fraktionsmitglieder gehörten aber der GSoA an. Zudem sei es im Rat Usus, dass der Erstunterzeichner von Parlamentarischen Vorstössen dazu Stellung nehme. Wenn es schon einen Angriff gebe, dann sollte dieser wenigstens fair sein.

Orlando Wyss (SVP):

Es sei bekannt, dass das Stationierungskonzept aus der Ära Schmid/Keckeis revisionsbedürftig wäre. Der Stadtrat müsse sich fragen, wie er sich die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Bundes vorstelle, wenn das Gelände des Militärflugplatzes auch nach 2014 als militärischer Raum genutzt werde. In der Haltung des Stadtrates sei eine klare Richtung erkennbar, hinter welcher der Stadtpräsident und Martin Bäumle stünden. Die Mehrheit des Stadtrates sei schlecht beraten, wenn sie dieser Haltung folge.

Thomas Maier (GEU):

Er könne sich Patrick Angele anschliessen, auch er empfinde die Antwort des Stadtrates als befriedigend. Bei der Reflektion von Jacqueline Hofers Votum habe er grössere Fragezeichen. Der Stadtrat handle sträflich, wenn er am Status Quo festhalten und damit den lokalen Interessen diametral entgegen arbeiten würde. Der Militärflugplatz verursache viel Lärm und besetze ein riesiges Gebiet. Entweder halte man daran fest, oder man setze sich ein für eine Entwicklung und mit einem Innovationspark für moderne, innovative Arbeitsplätze. Zudem seien mit einer Umnutzung auch die Schaffung von attraktivem Wohnraum und die Renaturierung möglich. Diese sei dringend nötig, und damit könne eine Erholungszone geschaffen werden. Der Stadtrat schaue in die Zukunft. Es gehe nicht um regionale Interessen. Dübendorf käme mit einem Innovationspark zu einer schweizweiten und weltweiten Ausstrahlung. Er bestärke den Stadtrat darin, weiter in dieser Richtung tätig zu sein.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 192/2008 ist somit abschliessend behandelt.

4. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und 14 Mitunterzeichnende „Kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 239/2009

Begründung Gaby Gossweiler (FDP) und Daniel Brühwiler (GEU):

Gaby Gossweiler (FDP):

„Die kostengünstige Realisierung von Tempo 30 im Dorfbereich Hermikon ist weder ein Anliegen von rechts noch von links, sondern ein Anliegen der Dorfgemeinschaft Hermikon, die in der laufenden Legislatur im Parlament nicht vertreten ist. Daniel Brühwiler und ich handeln gemeinsam stellvertretend für diese Dorfgemeinschaft, die sich in einem vom zuständigen Stadtrat, der Verwaltung und Planern begleiteten Prozess auf einen gemeinsamen Nenner, nämlich Verkehrsberuhigung light, geeinigt haben. Die meisten von ihnen haben die Leserbriefe der Anwohnenden der Hermikon- sowie der Anwohnenden der Buenstrasse gelesen. Damit muss allen klar sein, dass Hermikon als Gesamtheit hinter dem Anliegen steht und auch als Gesamtheit behandelt werden muss, das heisst Tempo-30 für die Hermikoner- und die Buenstrasse.“

Daniel Brühwiler (GEU):

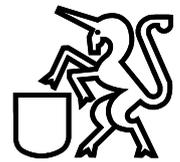
„Es gibt die Geschichte vom Kampf der Hermikoner Bevölkerung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität in ihrem Ortsteil. Und es gibt dazu eine Vorgeschichte, nämlich die,



dass die Einwohnerzahl von Hermikon erfreulicherweise in den letzten Jahren gestiegen ist. Es ist eine logische Folge dieser Veränderung, dass Anpassungen bei der Infrastruktur und der Umgebungsgestaltung nötig werden. Eine dieser nötigen Veränderungen ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit, gerade auch im Hinblick auf die wachsende Kinderschar unter den Einwohnern. Zuerst wurde dieses Anliegen von einer Gruppe an der Buenstrasse thematisiert (Unterschriftensammlung 2004). Schliesslich hat sich die ganze Hermikoner Bevölkerung (Hermikonstrasse und Buenstrasse) zusammengetan, um dieser Forderung bei der Stadt Gehör zu verschaffen. Davon zeugt der Briefwechsel, insbesondere aber die Protokolle von zwei Versammlungen der Hermikoner Bevölkerung mit Vertretern der Stadt. Die erste davon fand am 31.10.2007 statt; es wurden Konsultativabstimmungen durchgeführt. Dabei votierte die sehr gut vertretene Bevölkerung von Hermikon einstimmig dafür, dass im ganzen Gebiet Hermikon Verkehrsberuhigungsmassnahmen geplant und umgesetzt werden. Ebenfalls eine grosse Mehrheit stimmte Tempo 30 für ganz Hermikon (Hermikonstrasse und Buenstrasse) zu. Zurückhaltend aufgenommen wurden Eingangstore und weitere bauliche Massnahmen. Im Protokoll wird der Tiefbauvorstand zitiert mit dem Fazit: Es bestehe praktisch Einigkeit, 'im Gesamtgebiet von Hermikon eine Tempo-30-Zone mit zurückhaltenden baulichen Massnahmen (nur so viel wie nötig, um Ziele zu erreichen) zu realisieren.' Eine zweite Versammlung fand am 30.6.2008 statt. Dabei wurde der Hermikoner Bevölkerung eröffnet, dass man nach Konsultationen mit der Kantonspolizei Zürich auf eine Tempo-30-Zone verzichten wolle. Über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Dübendorf und der Kantonspolizei möchte ich später noch einige Bemerkungen machen. Statt der Tempo-30-Zone soll die Signalisation bei Tempo 50 belassen werden, das Geschwindigkeitsniveau jedoch durch bauliche Massnahmen (Eingangstore, Fahrbahnverengungen an der Hermikonstrasse, Platzgestaltung bei Brunnen/Winterlinde) gesenkt werden. In einer Konsultativabstimmung gaben die Hermikoner auch diesem Konzept ihre grossmehrheitliche Zustimmung, falls die Eingangstore nochmals geprüft und redimensioniert würden. Von der Stadt wurden darauf ein Bauprojekt für Sommer 2009 und der Baubeginn für Frühling 2010 in Aussicht gestellt. Bis heute hat die Hermikoner Bevölkerung nur informell davon Kenntnis, dass diese Termine nicht eingehalten werden können und um mehrere Jahre nach hinten geschoben wurden.“

Gaby Gossweiler (FDP):

„Wir bitten den Stadtrat im Sinne der Hermiker Dorfgemeinschaft, eine kostengünstige Variante von Tempo-30-Zohne auf Hermikon- und Buenstrasse zu realisieren, d.h., nicht gegen den Willen der Bevölkerung Eingangstore und bauliche Massnahmen zu planen, die Kulturlandverluste bringen und die enorme Kosten verursachen. Dass es kostengünstig geht zeigen die folgenden Bilder (*Verweis auf PowerPoint-Präsentation*): Die Buenstrasse kann mittels Eingangstoren dieser Art zur Tempo-30-Zone erklärt werden. Zur Verschönerung dieser Eingangstore dürften eingehängte Blumenkistchen beitragen. Da die Buenstrasse im regionalen Verkehrsplan als Fuss-, Rad- und Wanderweg eingetragen ist, sind von Gesetzes wegen keine weiteren Massnahmen notwendig. Die Hermikon-Strasse als Gemeindehauptstrasse, die durch Siedlungsgebiet führt, muss mittels baulichen Massnahmen und Eingangstoren als Tempo-30-Zone erkennbar sein. Die baulichen Massnahmen dürfen weder Kulturland beanspruchen noch die überbreiten landwirtschaftlichen Fahrzeuge behindern und schon gar nicht Rettungsfahrzeuge bzw. Feuerwehr. Auf dem Bild ist die wohl einfachste und günstigste diesbezügliche Massnahme zu sehen, versetzte Strassenverengung mit einfachen Eingangstoren kombiniert. Die Strassenverengungen dürfen ruhig, so hübsch wie die Rabatte vor dem alten Stadthaus, bepflanzt sein. Was es zusätzlich braucht sind unregelmässige Geschwindigkeitskontrollen, die von der Polizei gerne ausgeführt werden – an der Häufigkeit gemessen, mit der an der Überlandstrasse Gfenn-Volketswil kontrolliert wird. Uns ist klar, dass diese kostengünstigen Massnahmen meilenweit vom dem entfernt sind, was der zuständigen Stadtrat und das Tiefbauamt projektiert hat. Wir sind aber der Meinung, dass in dieser Schlichtheit vorgegangen beispielhaft ist für weitere diesbezügliche Wünsche in Dübendorf.“



Daniel Brühwiler (GEU):

„Signalisationsänderungen fallen in den Kompetenzbereich der Kantonspolizei. Deshalb muss eine Signalisation von Tempo 30 letztlich von ihr genehmigt werden. Wir Postulanten sind überzeugt, dass man die Kantonspolizei dafür gewinnen kann. Im Fall Hermikon kann dies jedoch nur gelingen, wenn die Interessen der betroffenen Bevölkerung von den Vertretern der Stadt mit Entschiedenheit vorgebracht werden. Wenn die Gespräche mit der Kantonspolizei von Leuten geführt werden, die selbst nicht hinter einer Tempo-30-Zone Hermikon stehen, ist ein positives Resultat bereits unwahrscheinlich. Auch Suggestivfragen wie etwa ‚Gälezi, Hermike isch für Tempo 30 nöd geeignet?‘ oder ‚Isch es nöd so, dass es für Tempo 30 in Hermike unbedingt vertikali Versätz bruucht?‘ werden kaum zum Resultat führen, das sich die Hermikoner Bevölkerung wünscht. Ich zitiere hier nochmals das Fazit des Tiefbauvorstandes an der Versammlung vom 31.10.07: ‚Es besteht praktisch Einigkeit, im Gesamtgebiet von Hermikon eine Tempo-30-Zone mit zurückhaltenden baulichen Massnahmen (nur so viel wie nötig, um Ziele zu erreichen) zu realisieren.‘ Mit dieser klaren Haltung und dem Ehrgeiz, der Kantonspolizei zu zeigen, dass es ohne teure Maximallösungen auch geht, kann man das Ziel erreichen – ein wichtiges Ziel für die Einwohner von Hermikon.“

Gaby Gossweiler (FDP):

„Wir haben die kostengünstige Version einer Tempo-30-Zone im Dorfkern von Hermikon, umfassend Hermikon- und Buenstrasse aufgezeigt, die voll in der Kompetenz des Stadtrates liegt und daher rasch umsetzbar ist. Wir haben aufgezeigt, dass wir zur Umsetzung dieser Massnahme, die auf gesetzlichen Grundlagen basiert, Druck der zuständigen Instanzen auf die Signalisationskommission der Kantonspolizei fordern. Wir haben aufgezeigt, dass die gesamte Hermiker Bevölkerung voll hinter der von uns dargelegten Massnahmen steht. Eines ist klar: Die Dorfgemeinschaft Hermikon hat sich zu einer gemeinsamen Lösung, nämlich zu einer kostengünstigen Einführung einer Tempo-30-Zone für die Hermikon- und Buenstrasse, gefunden. Diesem Anspruch trägt unser Postulat Rechnung, und wir lassen nicht zu, dass diese Dorfgemeinschaft auseinander dividiert wird in diejenigen, die eine Tempo-30-Zone erhalten und diejenigen, die eben keine bekommen. Wir bitten Sie, dies zu respektieren.“

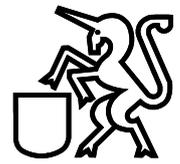
Daniel Brühwiler (GEU):

„Im Namen der Hermikoner Bevölkerung und im Sinne unserer Ausführungen ersuchen wir um Überweisung dieses Postulates.“

Allgemeine Diskussion:

Steven Sommer (SVP):

„Ich will Ihnen kein Referat halten, über die Zunahme des Verkehrs rund um Dübendorf. Dies wäre hier fehl am Platz. Hermikon wird aber mittlerweile als Schleichweg benutzt. In Hermikon wurden auch neue Wohnungen gebaut und Familien zogen ein. Es ist nun mal Tatsache, dass Trottoirs und gesicherte Strassenübergänge fehlen. Aus diesem Grund bin ich kürzlich durch Hermikon gefahren, um mir ein Bild davon zu machen. Ich selber bezeichne mich als vernünftigen Autofahrer und habe dabei ganz gut auf mein Tempo geachtet. Kommend von der Buenstrasse in Richtung Hermikonstrasse habe ich das Tempo 40 nie überschritten. Vor wenigen Jahren stimmten wir über Tempo 30 in Dübendorf ab, und diese Abstimmung wurde klar abgelehnt, jedoch war die SVP nie dagegen punktuell Tempo 30 Zonen einzurichten. Im Bereich Buenstrasse wäre dies sicher sinnvoll. Jedoch sind wir der Meinung, dass die Hermikonstrasse weiterhin als Tempo 50 Zone erhalten bleiben soll. Die Hermikonstrasse ist eine wichtige Verkehrsachse von Dübendorf nach Schwerzenbach. Und sind wir mal ehrlich. Auch die unverbesserlichen Automobilisten werden weiterhin zu schnell unterwegs sein. Dies kann auch unsere Polizei nicht verhindern, da sie nicht 24 Stunden am Tag Geschwindigkeitskontrollen an dieser Strecke durchführen kann. Zu den baulichen Massnahmen. Ich frage mich, wie diese umgesetzt werden sollen. Vor allem die Buenstrasse ist nicht sehr breit. Und unsere Landwirte fahren ja mit überbreiten Landmaschinen dadurch. Das Kreuzen mit einem Auto ist heute schon



sehr schwierig. So bin ich der Meinung, dass es mit einer Tempo-30-Tafel sowie auch mit vielleicht 30er-Markierungen auf der Strasse getan wäre. Weiter soll man sich aber auch bewusst sein, dass die Buenstrasse eine Strasse ist und nicht zu einem Spielplatz mutieren soll. Die SVP schlägt vor, das Postulat nicht zu überweisen. Vielleicht sollte es einfach neu überarbeitet werden, so könnte auch die SVP dazu stehen.“

Andrea Kennel (SP):

„Vor kurzem bin ich mit meinem Velo in normaler Geschwindigkeit unterwegs gewesen. Gemäss meinem Tacho fuhr ich etwa 20 km/h. Und dann plötzlich steht ein kleiner Hund im Weg. Da gibts nur eines: Die Bremskabel mit voller Kraft ziehen und hoffen, dass die neuen Scheibenbremsen das tun, was sie sollten. Bis ich dann beim Hund war, war ich langsam genug, dass ich ausweichen konnte, für eine Vollbremse bis Null hat der Weg nicht gereicht. So musste ich mal wieder lernen, dass der Anhalteweg doch länger ist, als man sich das bewusst ist. Und das gilt klar nicht nur für ein Velo. Auch der Anhalteweg eines Autos ist erschreckend lange. Bei Tempo 50 ist er 40 m bei Tempo 30 noch 18 m. Das vermindert die Unfallgefahr und auch die Unfallfolgen ganz klar. Da Hermikon ein Weiler mit wachsender Bevölkerung, mit Landwirtschaft und Kindern ist, ist für uns von der SP klar, dass in Hermikon nur mit maximal 30 km/h gefahren werden darf. Ein ‚Nachteil‘ (in Anführungszeichen) von Tempo 30 gibt es aber. Die Strasse durch Hermikon ist ein bekannter Schleichweg für alle, die mit dem Auto schneller an ihr Ziel kommen wollen. Diese neigen dazu, eher etwas schnell zu fahren. Tempo 30 könnte auf die Schleichwegler abschreckend wirken und wir erreichen damit, dass diese auf die Hauptverkehrsachsen ausweichen, weil dort schneller gefahren werden darf. Seien wir ehrlich: Das ist ein sehr positiver Nebeneffekt einer Tempo-30-Zone in Hermikon. So erzielen wir einen doppelten Effekt. Durch Tempo 30 wird Hermikon sicherer, weil die Autos langsamer fahren, und weil es weniger Durchgangsverkehr gibt. Dass dies kostengünstig umgesetzt werden soll, versteht sich eigentlich von selbst. Wichtig ist für die SP aber, dass Tempo 30 in Hermikon so umgesetzt wird, dass es auch eingehalten wird. Wären die Automobilisten vernünftig genug, würde wohl eine Tafel mit Tempolimit genügen. Da leider ein Teil der Automobilisten aber nicht vernünftig genug ist, muss eventuell mehr getan werden, was mehr kostet wegen diesen unvernünftigen Autofahrern. Dabei möchte ich aber auf die spezielle Situation in Hermikon aufmerksam machen. Blumentöpfe bringen nichts. Die Tempo-30-Zone muss so gestaltet sein, dass die Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren nicht in der Arbeit behindert werden. Damit das Ganze endlich vorwärts geht und umsetzbare Lösungen erarbeitet werden, unterstützt die SP das Postulat für Tempo 30 in Hermikon.“

Bruno Fenner (BDP):

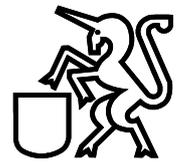
Er begreife das Anliegen, und der Weiler liege ihm am Herzen. Er habe Freude daran, wie sich Hermikon entwickle. Tempo 30 an der Buenstrasse einzuführen sei klar. Er kenne die Geschichte der fachlichen Untersuchung für die Hermikonstrasse. In der KRL habe man einstimmig beschlossen, dort Tempo 50 zu lassen. Es sei unsinnig, direkt die Geschwindigkeit direkt von Tempo 80 auf Tempo 30 zu reduzieren, und dies sei ohne bauliche Massnahmen schwierig zu realisieren. Wenn es zu einer Aufteilung der Tempo-30-Zone auf die Buenstrasse und die Hermikonstrasse komme, dann sei er für Tempo 30 an der ganzen Buenstrasse.

Thomas Maier (GEU):

Er widerspreche zwar Bruno Fenner nicht gerne, doch sei er auch in der KRL gewesen und habe die Diskussion um die Tempo-30-Zonen miterlebt. Dass die Hermikonstrasse aus dem Gesamtkonzept genommen wurde, sei ein Kompromiss gewesen.

Stellungnahme Stadtrat Rolf Güttinger (EVP):

Der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.



Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	18 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	15 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 239/2009 somit dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

**5. Interpellation SP/Juso-Fraktion „Zooseilbahn“ / Begründung
Geschäft Nr. 242/2009**

Begründung Andrea Kennel (SP):

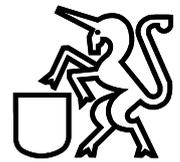
„Ich bin ehrlich. Die Idee der Zooseilbahn finde ich gut. Aber nicht um jeden Preis. Die Umwelt muss geschützt werden. Hier ist klar, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung wichtig ist. Das weiss auch der Zoo und hier wird sich der Zoo sicher an die Vorschriften halten, denn sonst gibt es keine Bewilligung. Wie aber sieht es aus mit der Dübendorfverträglichkeitsprüfung? Wie sehen hier die Kriterien aus? Mir wäre es ein Anliegen, dass Massnahmen definiert werden, die den Autoverkehr nach Stettbach minimieren; dass Massnahmen definiert werden, die verhindern, dass auch nur ein einziger Zoo-Automobilist ins Dörflein Stettbach fährt; dass mit der Seilbahn zwar Rollstühle und Kinderwagen, aber keine Sportgeräte wie Velos oder Schlitten transportiert werden dürfen; dass die Seilbahn einen gewissen Abstand zur Wohnzone haben muss. Diese und weitere Interessen von Dübendorf müssen endlich klar formuliert und eingebracht werden. Bereits vor einem Monat habe ich versucht klar zu machen, dass bei einem privaten Projekt die Einflussmöglichkeiten relativ klein sind. Und solange der Stadtrat bei einem kategorischen Nein bleibt, wird nichts erreicht. Der Stadtrat sollte endlich sagen, welche Kriterien für Dübendorf und für Stettbach wichtig sind. Nur wenn die Interessen und Bedürfnisse klar sind, können diese auch berücksichtigt werden. Denn eines ist klar, die Seilbahn kann kaum verhindert werden, aber das Projekt kann noch beeinflusst werden. Weiter wäre es für den Standort Dübendorf durchaus interessant, den Zoo etwas näher nach Dübendorf zu bringen. Für mich ist klar, dass der Zoo und dessen Erschliessung ein Thema bleiben wird. Es darf aber nicht an Dübendorf vorbei entschieden werden. Daher meine Interpellation. Wenn mich heute jemand fragt, woher ich komme, kommt immer als zweite Frage der Fluglärm. Ich freue mich darauf, wenn in zehn Jahren die zweite Frage den Zoo betrifft.“

Das Geschäft Nr. 242/2009 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

**6. Postulat Patrick Angele (Juso) und fünf Mitunterzeichnende „Kein Abschluss ohne Abschluss!“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 243/2009**

Begründung Patrick Angele (Juso):

„La crise n'existe pas! Das titelte die Weltwoche vor weniger als einem Jahr auf ihrer Titelseite. Heute würde wohl niemand mehr behaupten, es existiere keine Krise. Und es ist allen längst bekannt, dass die Immobilien- und Finanzkrise zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt hat. Es ist allen bekannt, dass die Realwirtschaft in den kommenden Monaten stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Und es ist allen klar, von links bis rechts, von Economiesuisse bis zu den Gewerkschaften, ja auch dem Seco, dass die Arbeitslosenzahlen in nächster Zeit massiv in die Höhe schnellen werden. Über genaue



Prozente und Zahlen müssen wir nicht streiten. Sie werden ohnehin jeden Monat aufs Neue korrigiert, leider immer dramatischer. Ich möchte nicht über die Gründe der Krise und nicht über die Komma-prozentstellen was die Auswirkungen betrifft sprechen. Es geht mir schlicht um die Anerkennung von Tatsachen. Tatsache ist, dass es für jugendliche Lehrabgänger dieses und nächstes Jahr mit Bestimmtheit schwieriger wird eine Stelle zu finden als noch vor einem Jahr. Tatsache ist, dass es in diesem und im nächsten Jahr tausende junge Arbeitslose geben wird. Dübendorf wird davon nicht verschont bleiben. Sprechen wir also nicht über ideologische Analysen warum und weshalb sich eine solch katastrophale Krise entwickeln konnte, sondern tun wir etwas Konkretes gegen die Auswirkungen dieser. Dübendorf tut jetzt schon viel für ihre Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger. Ich bin überzeugt, dass Antonella Giro, die Lehrlingsbeauftragte, alles daran setzt, dass Lehrlinge in der Stadt Dübendorf eine ausgezeichnete Ausbildung bekommen. Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sind motiviert, sie wollen arbeiten. Doch ohne Berufserfahrung nach der Lehre ist ihre Chance eine Arbeitsstelle zu finden relativ klein. Wenn Jugendliche den Einstieg in die Arbeitswelt nicht rechtzeitig schaffen, wird ihr Selbstwertgefühl geschwächt und sie was sich aus ihr zukünftiges Erwerbsleben nachteilig auswirken kann. Gemäss den neusten Statistiken des Bundesamtes für Statistik machen Junge bis 30 Jahre bereits einen Drittel der Sozialhilfebezügler aus. Dies verursacht hohe soziale Kosten. Deshalb muss alles getan werden, damit Lehrbetriebe die Lernenden nach der Berufslehre noch im Betrieb behalten. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran geht. Machen wir etwas für unsere Jugendlichen. Um einer Überweisung des Postulates werden sie ihnen dankbar sein. Dies ist kein linkes Anliegen, sondern ein Anliegen für die Jugendlichen.“

Allgemeine Diskussion:

Valeria Rampone (GEU):

Im Postulat gebe es Aussagen, hinter welchen die GEU stehen könne. Es stimme, dass das Selbstwertgefühl von Jugendlichen im Falle bei Arbeitslosigkeit leide. Die vorliegenden Lösungsvorschläge wiesen aber Schwachstellen auf. Sie seien zu pauschal formuliert. Wie viel Sinn mache es, Mitarbeitende weiter zu behalten, wenn diese nicht sinnvoll beschäftigt werden könnten? Welche Auswirkungen hätte die Aussicht auf eine sichere Stelle? Wie lange dauerten die Massnahmen an? Die Verantwortlichen bräuchten einen Spielraum. Die Stadt Dübendorf übernehme bereits jetzt alle Lehrlinge, die sinnvoll integriert werden könnten. Die GEU werde deshalb das Postulat nicht unterstützen.

Patrick Walder (SVP):

Eine Lehrstelle zu finden sei nicht einfach, da seien sich alle einig. Man könne froh sein, wenn Unternehmen geeignete Lösungen fänden. Die Stadt Dübendorf beschäftige alle Lernenden nach ihrem Lehrabschluss bis Ende Jahr weiter. Lernende, die von Juli bis November ihren Militärdienst leisteten, könnten bis Ende März bei der Stadtverwaltung weiterarbeiten. Betrachte man das Postulat näher, so stelle man fest, dass die SP eine Zweiklassengesellschaft fordere. Für Stellen in der Stadtverwaltung hätten die Dübendorfer Lehrabgänger einen Vorteil. Die Stadtverwaltung habe im letzten Jahr alle Lehrlinge weitervermittelt oder selber weiterbeschäftigt. Die Stadtverwaltung habe dabei ein gutes System, das nicht geändert werden sollte. Was bezweckten die Postulanten mit ihrem Vorstoss? Dieser sei unsinnig, bürokratisch und beschäftige den Stadtrat, den Gemeinderat und die Stadtverwaltung unnötig. Die Anzahl der parlamentarischen Vorstösse der SP/Juso-Fraktion seien ein Zeichen für die Panik der Fraktion vor den nächsten Wahlen.

Hans Baumann (SP):

Er habe wiederholt das Argument der SVP gehört, wonach die Vorstösse der SP Wahlpropaganda seien. Dies müsse aber nicht unbedingt schlecht sein. Tatsächlich mache die SP/Juso-Fraktion viele Vorstösse, die aber nicht immer populär seien. Von der SVP habe er gelernt, dass zugezogene Bürger offenbar weniger demokratische Rechte hätten als in Dübendorf aufgewachsene Bürger. Das



Argument von Valeria Rampone nach der Eignung sei kein gutes Argument. Wenn man Lehrstellen schaffe, beschäftige man auch Leute, die fähig für diese Aufgabe seien, da sei es falsch, jemanden nicht weiterbeschäftigen zu wollen. Die Lernenden seien überwiegend fähig und geeignet und sollten deshalb weiterbeschäftigt werden. Zum Argument, dass das Postulat zu allgemein gefasst sei, könne er sagen, dass es der Sinn eines Postulates ist, eine allgemeine Anregung an den Stadtrat zu richten, einen Bericht zu erstellen. Im Sinne einer Notsituation könne der Stadtrat über die Befristung der Massnahme entscheiden. Er bitte um Unterstützung für das Postulat.

Barbara Schori (CVP):

Das Postulat verfolge ein gutes Anliegen. Es gebe allerdings nicht nur gut motivierte Lehrlinge, und man dürfe kein Lehrgeschäft dazu verdonnern, diese Leute weiterzubeschäftigen.

Arthur Gasser (EDU):

Für die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen müsse ein Bedarf an Arbeit vorhanden sein, da ansonsten die Arbeit auf mehr Leute verteilt werde. In der Stadtverwaltung könnten so zusätzliche Projekte realisiert werden. Eine andere Möglichkeit sei die Schaffung von Praktikumsstellen.

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Der Stadtrat erkenne keinen Handlungsbedarf. Gemäss der bisherigen Praxis werden Lehrlinge bereits weiterbeschäftigt. Die Stadt lasse die Lehrabgänger nicht sitzen. Oftmals hätten diese aber auch andere Bedürfnisse wie beispielsweise eine Weiterbildung und kehrten erst anschliessend wieder zurück zur Stadtverwaltung. Zudem verfüge die Stadtverwaltung über Freipositionen, die besetzt werden könnten. Die Stadt biete also Vieles an, es gebe kein Manko, und es seien keine Veränderungen im Bedarf nach einer Weiterbeschäftigung festzustellen. Sollte ein Handlungsbedarf erkennbar werden, so reagiere der Stadtrat auch ohne ein Postulat. Er spreche sich deshalb dafür aus, das Postulat nicht zu überweisen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat

6 Stimmen

Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates

27 Stimmen

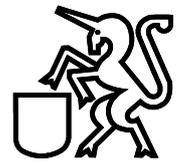
In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 243/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.

7. Ersatzwahl Jugendkommission Geschäft Nr. 244/2009

Christian Lees (FDP) ist per sofort aus der Jugendkommission zurückgetreten. Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Ruedi Herter (FDP) als Nachfolger Remo Stadler (CVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Mit 32 zu 0 Stimmen wird Remo Stadler (CVP) in die Jugendkommission gewählt.



8. Jahresrechnung 2008 / Genehmigung Geschäft Nr. 221/2009

Ratspräsident Peter Bless (BDP) erläutert das Vorgehen. In der Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt. Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

a) EINTRETENSDEBATTE

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Vizepräsident Daniel Brühwiler (GEU):

Er danke dem GRPK-Präsidenten Hans-Felix Trachsler, der dieses Referat vorbereitet hat. „Ich gliedere mein Referat in drei Teile: 1. Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau, 2. Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen, 3. Antrag. Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Prüfung und der Beurteilung der Rechnung 2008. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die zwischenzeitlich zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden sind. Erneut nahm das Gemeindeamt des Kantons ergänzend eine technische Vorprüfung der Rechnung vor, damit sich die GRPK bei ihrer Arbeit auf die politische Fragestellungen konzentrieren konnte. Die Profirevisoren kontrollierten, ob die Rechnungslegung den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die verantwortlichen Revisoren attestierten, dass die Buchhaltung der Stadt Dübendorf rechnerisch gut geführt sei. Sie stellten im Vorjahresvergleich in gewissen Bereichen eine deutliche Verbesserung der Qualität der Rechnungslegung fest. Die GRPK beurteilt die Arbeit der technischen Vorprüfung als zweckmässig und wertvoll. Mit Beginn der neuen Amtsperiode wird die Revision der Rechnungen der öffentlichen Haushalte im Kanton Zürich durch fachlich befähigte Revisoren zur Pflicht. Die Stadt Dübendorf hat mit der technischen Rechnungsprüfung durch das Gemeindeamt seit ein paar Jahren diese gesetzliche Auflage bereits vorweg genommen und damit gute Erfahrungen gemacht. Die bisherigen Ergebnisse zeigen nämlich, dass immer wieder auf neue Aspekte hingewiesen wird, die sonst dem Milizgremium verborgen blieben. Die GRPK hat ein sehr gutes Ergebnis der Rechnung 2008 der Stadt Dübendorf zur Kenntnis genommen. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen, die an der Rechnung 2008 mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung für ihre Arbeit rund um die Beantwortung der GRPK Fragen ein. Die Bearbeitung unseres Fragenkatalogs ist aufwendig, ermöglicht uns aber einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Das seit einiger Zeit bestehende generelle Unbehagen im Abfallbereich besteht leider weiterhin. Ich trete bei der Bearbeitung des Geschäftsberichtes detailliert auf unsere Feststellungen in diesem Bereich ein und verzichte auf einen weiteren Kommentar bei der Rechnung. Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung 2008.“

Keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

b) DETAILBERATUNG

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Vizepräsident Daniel Brühwiler (GEU):

„Die Rechnung 2008 der Stadt Dübendorf schliesst mit einem Ertragsüberschuss von mehr als 17 Millionen Franken ab, was gegenüber dem Budget einer Ergebnisverbesserung um rund 20 Millionen Franken entspricht. Nebst höheren Steuereinnahmen trugen auch Minderaufwendungen im Sozialbereich von knapp 2 Millionen Franken zum Ergebnis bei. Das sehr gute Ergebnis ermöglicht eine weitere markante Reduktion der Schulden auf knapp 60 Millionen Franken. Die Spitze des Schuldenbergs betrug im Jahr 1997 147 Millionen Franken. Damit hat sich die finanzielle Situation der Stadt Dübendorf im Mehrjahresvergleich markant verbessert. Unsere Stadt ist finanziell gut gerüstet, um die kommenden schwierigen Jahre (Stichworte rückläufige Steuererträge und steigende Aufwendun-



gen im Bildungs- und Sozialbereich) aufzufangen und trotzdem die geplanten Investitionen (Stichworte: Bahnhof Stettbach, Alterszentrum, Sanierung der öffentlichen Infrastruktur etc.) wie geplant weiterzuführen.

Bei der laufenden Rechnung legte die GRPK ihren Fokus bei der Prüfung auf wesentliche Abweichungen und hinterfragte auch verschiedene ableitbare Entwicklungen. Stellvertretend sind folgende Feststellungen von Belang. Bei der Betrachtung der Differenzkommentare der Präsidiabteilung fällt auf, dass der Grund der auftretenden Abweichungen mehrheitlich in der falschen Budgetierung zu suchen ist. Für die Erarbeitung der Budgetwerte sollten Betrachtungen über mehrere Jahre als Grundlage dienen. Sparrunden, die nur die Reduktion der Budgetwerte zum Ziel haben, ohne dass gleichzeitig die Aufwendungen effektiv reduziert würden, bringen nichts. Im Folgejahr resultierten entsprechende Überschreitungen, die dann mit einem lapidaren Kommentar ‚zu tief budgetiert‘ versehen würden. Der Stadtrat vertritt in dieser Frage die grundsätzliche Haltung, den Budgetwert am unteren Rand der Bandbreite zu setzen mit dem Risiko, dass es zu Überzügen und/oder zu allfälligen Nachtragskrediten kommt. Im Hinblick auf die Erarbeitung des Voranschlag 2010 würde es die GRPK begrüßen, wenn die Planung 2010 auf realistischen Grundlagen und ohne ‚Papiersparübungen‘ erfolgen könnte. Das Thema Rückstellungen taucht im Revisionsbericht des Gemeindeamtes wie bereits in früheren Jahren mehrfach auf. Fassen wir zusammen: Rückstellungen bei der öffentlichen Hand sind betragsmässig noch nicht genau bekannte Verpflichtungen gegenüber Dritten für bereits erbrachte Leistungen oder Lieferungen und nicht wie in der Privatwirtschaft üblich für eingegangene Verpflichtungen. Obwohl wir die Handhabung der Rückstellungen anlässlich der Behandlung der Rechnung 2006 in der GRPK detailliert mit dem Stadtrat thematisiert haben, tauchte es bei der Revision durch das Gemeindeamt in diesem Jahr wieder auf, was an und für sich unschön ist. Konkret: in der Verwaltung fehlt es entweder an Ausbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen oder an zusätzlichen Kontrollen durch die Finanzabteilung. Der Zusatzaufwand ist bescheiden, wurden doch im vorliegenden Abschluss in nur zwölf Fällen Rückstellungen über insgesamt 240'000 Franken gebildet.

Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf steht derzeit in Verhandlungen bezüglich des Kaufes der Liegenschaft Wangenstrasse 36 an der Ecke Rechweg/Wangenstrasse. Die Nachbarliegenschaften Wangenstrasse 34 & 38 gehören bereits der Pensionskasse der Stadt und sind sanierungsbedürftig. Mit Beschluss vom 4. September 2008 bewilligte der Stadtrat in seiner Kompetenz zu Lasten der Investitionsrechnung einen à fond-perdu-Beitrag an die Pensionskasse über 300'000 Franken im Zusammenhang mit dem Kauf der Liegenschaft als Massnahme zur Quartieraufwertung. Die Verhandlungen sind aktuell im Gange. Anerkanntermassen besteht im gesamten Flugfeldquartier Handlungsbedarf, da es sich um eine überalterte Gegend handelt. Diese Ausgabe für die Quartieraufwertung steht klar im Kompetenzbereich des Stadtrates. Dennoch will die GRPK festhalten, dass es sich faktisch um ein Geschenk an die Pensionskasse handelt.

Keine ergänzenden Bemerkungen zur Bestandesrechnung und den Sonderrechnungen. Alle Fragen wurden geklärt.

Erneut revidierte die BDO Visura den Jahresabschluss per 31.12.08 der Pensionskasse. Die GRPK hat den Revisionsbericht erhalten und zur Kenntnis genommen. Erwähnenswert sind folgende Aspekte: Die Revisionsstelle weist in ihrem Bericht vom 9. Juni 2009 darauf hin, dass die ungesicherten Anlagen beim Arbeitgeber in Form des Kontokorrentguthabens von 14,97 Millionen und des Darlehens von 12 Millionen Franken im Umfang von knapp 27 Millionen Franken gegen die Anlagerichtlinien gemäss Art 57 Abs 1 BVV2 (Bestimmungen über die ungesicherte Anlagen beim Arbeitgeber) verstossen. Die Pensionskasse vertritt in dieser Frage seit Jahren eine andere Ansicht. Das Amt für berufliche Vorsorge hat diesen Sachverhalt ebenfalls zur Kenntnis genommen, jedoch bis heute keine Auflage formuliert. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf wurde von der Entwicklung an den Kapitalmärkten nicht verschont. Die Wertschwankungsreserve musste im Berichtsjahr vollständig aufgelöst werden. Der Deckungsgrad erreichte per 31. Dezember 2008 96 Prozent. Die Unterdeckung betrug per 31. Dezember 2008 4,95 Millionen Franken. Die BDO Visura führt in ihrem Revisionsbericht aus, dass die Pensionskassen Kommission ihre Führungsaufgabe aktiv, lagegerecht und nachvollziehbar wahrnimmt, und dass sie die Risikofähigkeit unter Würdigung der gesamten Aktiven und Pas-



siven nach Massgabe der tatsächlichen finanziellen Lage sowie der Struktur und zu erwartenden Entwicklung des Versichertenbestandes ermittelt hat. Auf unsere Intervention hin bestätigt der Präsident der Pensionskassen-Kommission, dass die Kommission entschieden habe, die Anlagestrategie zu belassen und dass im laufenden Jahr auf Sanierungsmassnahmen verzichtet werde. Die Prüfungsarbeit der GRPK umfasste selbsterklärend weitere Themenkreise. Das Referat diene aber dazu, schlaglichtartig Besonderheiten zu unterstreichen und kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vor diesem Hintergrund war das Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates wertvoll, da die Meinung der Kommission zu den hier nicht näher ausgeführten Feststellungen direkt übermittelt werden konnte. In diesem Zusammenhang denke ich beispielsweise zu Fragen im Personalbereich oder zu Entwicklungen rund um die Festsetzung der Pflögetaxen im Alterszentrum.

Gesamthaft stellte die GRPK fest, dass die Rechnung 2008 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Das Ergebnis ist in wirtschaftlicher Hinsicht mehr als nur erfreulich. Verschiedentlich stellten wir fest, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig

- Die Jahresrechnung 2008
 - a) des Politischen Gutes
 - b) der Pensionskassezu genehmigen.
- Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 17'184'242.96 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Ich bitte den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.“

Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle (GEU):

Martin Bäumle (GEU) orientiert über die Eckpunkte der Jahresrechnung 2008 und visualisiert seine Ausführungen mit einer PowerPoint-Präsentation.

Der Personalaufwand sei zwar rückläufig, doch ohne Berücksichtigung des Alters- und Spitexzentrums sowie der Primarschule sähen diese Zahlen nicht so positiv aus. Beim Sachaufwand seien im Jahr 2008 aussergewöhnliche Kosten wie beispielsweise für die Auslagerung der SFD AG entstanden. Bei den Betriebsbeiträgen sei eine stabile Entwicklung zu verzeichnen. Bei den Sozialaufwendungen sei eine erfreuliche Entwicklung zu beobachten. Sie seien markant tiefer ausgefallen und damit ein wesentlicher Bestandteil des guten Schlussergebnisses der Rechnung. Bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV gebe es eine kontinuierliche Entwicklung nach oben. Die weitere Entwicklung sei offen und abhängig vom NFA. Im Bereich der Primarschule gebe es ebenfalls einen stetigen Anstieg der Kosten. Ursache dafür sei die Umsetzung des Volksschulgesetzes mit den kantonalen Verordnungen und mehr zu betreuende Kinder. Bei der Hochrechnung vom 1. Dezember 2008 sei man beim Nettoaufwand plusminus auf Kurs gewesen. In der Rechnung 2008 habe es in diesem Bereich dann weitere Verbesserungen gegeben, die vor allem aus das gute Ergebnis im Bereich Soziales zurückzuführen seien, währenddem andere Bereiche schlechter ausgefallen seien. Bei den Steuern sei ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen gewesen. Der Voranschlag 2008 habe auf den Jahren 2006/07 beruht. Dieses Ergebnis sei nicht wiederholbar. Die Investitionen seien für die Hochrechnung im Bereich Tiefbau zu tief geschätzt worden und hätten schliesslich in der Rechnung nahe am Budget gelegen. Die Schulden konnten mit diesem Resultat noch einmal gesenkt werden, und so sei die Stadt Dübendorf eher gut gerüstet auf die kommende rezessive Phase. Bei den Zielen des Stadtrates im Finanzplan 07-11 bewege man sich fast ausschliesslich ausser im Bereich der Kontinuität bei den jährlichen Investitionen im grünen Bereich. Die Steuerfussreduktion auf dieses Jahr war richtig und werde vom Stadtrat nach wie vor als richtig beurteilt. Als Schlussfolgerung für den Voranschlag 2010 sollen die klaren Zielvorgaben des Stadtrates weiterhin aufwanddämpfend wirken. Das Ziel des letztjährigen Finanzplanes solle aufwandseitig möglichst eingehalten werden. Der Start neuer Grossprojekte wie der Bahnhof Stettbach, die Glattalbahn oder Alters- und Spitexzentrum bewirkten bei der



Investitionsrechnung 2010 eine Neuverschuldung, doch dürfte diese einen antizyklischen Effekt haben und zu einem grösseren Teil aus den Resultaten 2007/08 finanziert werden können. Auf der Ertragsseite sei er für das Jahr 2009 noch relativ optimistisch, doch seien ab 2010 deutliche Einbussen zu erwarten. Die Steuerfussreduktion sollte dank der guten Abschlüsse 2007 und 2008 beibehalten werden können, sollten sich die Fundamentaldaten wegen der Finanzkrise und Rezession nicht markant verschlechtern.

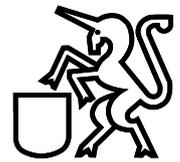
Zum Hinweis der GRPK, dass teilweise zu tief budgetiert werde: In gewissen Fällen seien Posten gekürzt worden, bei denen man wusste, dass das Budget damit nicht eingehalten werden könne. Er werde künftig kontrollieren, dass solche Fälle vermieden werden. Andere Punkte wie beispielsweise der Winterdienst liessen sich nicht exakt budgetieren. Betreffend Rückstellungen gebe es Differenzen in der Auffassung über die Richtigkeit von Rückstellungen. Er werde den Hinweis der GRPK prüfen und künftig schärfer darauf achten. Zu den ungesicherten Anlagen der Pensionskasse: Dieses Thema sei weitgehend erledigt, und die Anlagen durch einen Vertrag gesichert. Bei seinem Amtsantritt seien rund 90 Millionen Franken oder fast 100 Prozent ohne Vertrag angelegt gewesen. Ende 2009 gebe es eine vollständige Trennung. In Bezug auf den Kostendeckungsgrad habe man nicht keine Massnahme eingeleitet, sondern eine Risikofähigkeitsanalyse vorgenommen. Um den Kostendeckungsgrad von 100 Prozent wieder zu erreichen und die Leistungen der Pensionskasse sicherzustellen sei man zu einem gewissen Risiko in der Anlagestrategie gezwungen. Ein Deckungsgrad von 96 Prozent in dieser Situation sei nicht besorgniserregend. Dem Gemeinderat werde bald eine Reglementänderung vorgelegt, wonach die Pensionskassenkommission mehr Kompetenzen zur Reaktion bei einer Krise erhalten solle. Beim à-fond-perdu-Betrag handle es sich nicht um ein Geschenk, sondern darum, ein Gebäude zu einem überhöhten Preis zu kaufen. Es sei dem Stadtrat allerdings klar gewesen, dass für die Aufwertung des Quartiers ein Kauf des Hauses notwendig sei. Die Pensionskasse alleine könnte und dürfte diesen Kauf aber nicht alleine übernehmen. Wenn mit dem Kauf eine Quartierentwicklung verbunden werde, dann handle es sich um ein sinnvolles Investment. Wenn diese Aufwertung gelinge, werde die Investition durch die Steuererträge schnell aufgewogen. Er zeige aber Verständnis für die kritische Frage der GRPK.

Er danke zudem der Verwaltung und den Ressortvorständen für die weitestgehende Einhaltung des Voranschlages, den Steuerzahlern und Firmen für die sehr guten Zahlungseingänge, der GRPK für die umfassende und sachgerechte Prüfung und Fragestellung und schliesslich hoffentlich auch dem Gemeinderat für die baldige Abnahme der Rechnung.

Allgemeine Diskussion zur Detailberatung:

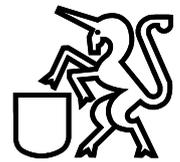
Orlando Wyss (SVP):

„Seit dem Jahr 2000 bin ich Mitglied des Gemeinderates und befasse mich seit dieser Zeit mit den Rechnungsabschlüssen von Martin Bäumle. Sofern ich im März 2010 wieder gewählt werde, kann ich nächstes Jahr eine runde Zahl feiern. Damit meine ich nicht meine zehnjährige Zugehörigkeit zum Gemeinderat, auch nicht die zehnte Rechnung, welche Martin Bäumle mir präsentiert, sondern die Zahl einhundert Millionen. Nächstes Jahr wird der kumulierte Fehlbetrag zwischen Budget und Rechnung in den Jahren 2000 bis 2010 die sagenhafte Summe von einhundert Millionen Franken erreichen und sogar übersteigen. Glück hat Dübendorf, dass der Fehlbetrag positive Vorzeichen hat. Glück hat aber auch Martin Bäumle, dass sich seine Leistung nicht in der Privatwirtschaft abgespielt hat. Kein Unternehmen würde eine solche permanente Fehleinschätzung während zehn Jahre über sich ergehen lassen. Der positive Aspekt dieser Überschüsse ist Abbau von unseren Schulden. In diesem Jahr muss man sagen, wäre es der Abbau von unseren Schulden. Denn die Überschüsse liegen brach auf einem Kontokorrent, zusammen mit Überschüssen des Vorjahres. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keine Möglichkeit, unsere Schulden zu reduzieren. Und solche präsentierte Zahlen haben auch einen negativen Nebeneffekt. Sie wecken Begehrlichkeiten, vor allem bei der linken Ratshälfte. Die SP, welche wegen ihrer panischen Angst vor dem 7. März 2010 einen Vor-



stoss an den anderen reiht, gibt uns Anschauungsunterricht, was mit diesen scheinbar vorigen finanziellen Mitteln zu tun sei. Hier wird es mit solchen ungeplanten Überschüssen schwieriger, im Gemeinderat nur sinnvolle Investitionen zu beschliessen. Ein weiterer negativer Aspekt dieser Fehlbudgetierung ist Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Dübendorf. Wie wir alle wissen, setzt sich der Gesamtsteuerfuss von Dübendorf aus der politischen Gemeinde und der Oberstufenschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach zusammen. Aufgrund der falschen Vorgaben von Martin Bäumle sah sich die Oberstufenschulgemeinde im Dezember 2007 veranlasst, an der Oberstufenschulgemeindeversammlung eine Steuererhöhung von zwei Prozent zu verlangen. Zwar machte dies nicht Oberstufe selber, sondern die RPK dieser Institution. Die SVP mobilisierte für diese Versammlung sehr viele Teilnehmer. Ich argumentierte dort, dass die Vorgaben von Martin Bäumle das Papier nicht wert seien, auf das sie geschrieben seien. Es gelang uns vor eineinhalb Jahren knapp, diese Steuererhöhung abzuwenden. Bei der Rechnungsvorstellung 2008 am letzten Dienstag, als anstelle eines budgetierten Defizits von 2,4 Millionen Franken ein Überschuss von einer halben Million präsentiert werden konnte, habe ich meine Worte von damals nochmals Revue passieren lassen. An der Gemeinderatsitzung vor eineinhalb Jahren, als Patrick Walder im Namen der SVP eine Steuersenkung von drei Prozent verlangte, die Finanzierung einerseits mit dem Gewinn aus einem Landverkauf und andererseits mit zu erwartenden Steuererhöhungen begründete, putzte Martin Bäumle diesen Vorschlag als ‚Milchbüchlirechnung à la Walder‘ ab. Ein Kommentar dazu erübrigt sich sehr wahrscheinlich. Den Fehlentscheid, den Steuersatz nicht um drei Prozent zu reduzieren, haben Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, zu verantworten. Aber das ist Ihnen mittlerweile sicher selber bewusst worden.

Im Zusammenhang mit diesen Budgetfehleistungen unseres Finanzvorstandes muss ich noch die Budgetdebatte vor einem halben Jahr ansprechen. Im Kommentar zu diesem Budget schrieb Martin Bäumle, dass die Rechnung 2008 etwa 8,5 Millionen besser abschneiden werde und korrigierte an der Sitzung diese Zahl auf etwa elf Millionen. Ich sagte Ihnen dazumal schon, dass ich auch diese neuen Zahlen nicht glauben würde und die Rechnung einiges besser ausfallen werde. Wohlverstanden passierte dies drei Wochen vor Rechnungsabschluss. Ich mache in meinem Geschäft auch die Rechnungsabschlüsse und müsste mich wohl selber entlassen, wenn ich in diesem Ausmass als Blindflugpilot ohne Navigationsinstrumente unterwegs wäre. Man fragt sich jetzt, hatte unser Finanzvorstand wirklich keine Orientierung oder war dies Salamtaktik, um die dazumal anstehende SVP-Forderung nach siebenprozentiger Steuermässigung anstelle der vierprozentigen abzublocken. Das Resultat kennen wir. Nachdem unsere Linksparteien sogar eine Nullrunde gefordert haben, blieb es bei vier Prozent. Und auch haben wir im letzten Dezember erlebt, was die katastrophale Budgetierung unseres Finanzvorstandes bewirkt. Im letzten Dezember kam die Oberstufenschulpflege mit einer zweiprozentigen Steuererhöhung durch, weil natürlich wieder die falschen Zahlen von Martin Bäumle als Grundlage dienten. Der Gesamtsteuerfuss von Dübendorf wurde für das Jahr 2009 nur um zwei Prozent gesenkt und dies ist das Verdienst von Martin Bäumle. Doch dies werden wir dann in einem Jahr entsprechend würdigen können. Unser Finanzvorstand bereitet wieder sein altbewährtes Muster für die nächste Budgetdebatte vor. Er muss ja die besseren Zahlen für das Jahr 2009 in seiner bekannten Salamtaktik vorbereiten. Darum auch der Hinweis, dass es nicht so schlecht aussehe. Er wird auch nicht darum herumkommen, uns eine kleine Steuermässigung vorzuschlagen. In seinem Referat, welches er immer mit viel Power Point Folien unterlegen wird, werden uns aber wieder die dunkelsten aufziehenden Wolken präsentiert. So fühlt er sich sicher, dass ihm wie bisher der Gemeinderat wie blökende Schafe folgen wird und er sein Ansinnen durchbringt. Mit der SVP kann er dieses Spiel nicht machen. Wir werden eine drastische Steuersenkung verlangen, so dass der Steuerzahler nicht weiter unnötig geschöpft und der Wirtschaftsstandort Dübendorf nicht weiter geschwächt wird. Da ich grundsätzlich ein positiv denkender Mensch bin, bleibt mir trotz dieser desaströsen Budgetvorgaben unseres Finanzvorstandes und den Fehlentscheidungen unseres Parlamentes bei der Festsetzung des Steuerfusses die Gewissheit, dass die Steuerzahler, die Stimmbürger und Wähler von Dübendorf wieder einmal die Gewissheit bekamen, dass die einzige grosse Partei, welche in finanziellen Belangen in unserer Gemeinde den Durchblick hat, die SVP Dübendorf ist.“



Stadtrat Martin Bäumle (GEU):

Er rufe gerne in Erinnerung, dass der Gesamtstadtrat jeweils das Budget verabschiede. Er sei erstaunt, dass der Gemeinderatspräsident bei einer Wortwahl wie ‚katastrophale Budgetierung‘ oder ‚desaströse Budgetvorgaben‘ nicht eingeschritten sei. Dübendorf war eine der am meisten verschuldeten Städte. Wenn die Verschuldung in den vergangenen Jahren nicht abgebaut worden wäre, stünde man jetzt wesentlich schlechter da. Im Stadtrat sässen nicht primär Linke. Er persönlich stehe mit gutem Gewissen da. Leider seien aber am 6. Dezember noch nicht alle Zahlen der Rechnung bekannt gewesen, sondern nur approximative Zahlen. Der Debatte im kommenden Frühling werde er sich gerne stellen.

Thomas Maier (GEU):

Er sei zwar ein junges Mitglied, doch habe auch er bereits das 10 Jahres-Jubiläum im Rat erlebt. Seit 1998 sitze er im Gemeinderat. Damals gab es eine erdrückende Schuldenlast, mehrere Millionen Franken mussten jährlich für Zinsen ausgegeben werden. Heute sei im Kantonsrat ebenfalls die Jahresrechnung abgenommen worden. Der Vergleich ist interessant, hat doch auch der Kanton dieselben Probleme bei der Schätzung der Steuereinnahmen und des Aufwandes. In Dübendorf denke man dafür seit Jahren in verschiedenen Szenarien, im Kanton seit nunmehr zwei Jahren. Die Abweichungen seien etwa dieselben – wenn auch beim Kanton in die negative Richtung. Im Kantonshaushalt gebe es strukturelle Probleme, während der Stadtrat diese Probleme behoben habe und für die Krise gerüstet sei. Nicht ein tiefer Steuerfuss sei ein Standortvorteil, sondern ein stabiler Steuerfuss. Im Kanton gebe es jeweils optimistische Einschätzungen, worauf dann aber der Gürtel enger geschnallt werden müsse, auch wenn man das nicht wolle. Statt einer Schelte spreche er dem Stadtrat seinen Dank dafür aus, dass dieser den Finanzhaushalt im Griff habe und gut gerüstet für die Zukunft sei.

Abschnittweise Behandlung:

- a) Laufende Rechnung (S. 13-109) / Detailkonten ab S. 33:
 - 10 Präsidium und Planung (S. 33-41) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 11 Finanzen (S. 41-48) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 12 Abteilung Hochbau (S. 48-49) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 13 Abteilung Tiefbau (S. 50-55) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 14 Sicherheit (S. 55-62) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 15 Entsorgung und Betriebe (S. 62-66) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 16 Soziales (S. 66-75) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 17 Bildung und Jugend (S. 75-77) – Keine Anträge, genehmigt.
 - 19 Primarschule (S. 77-85) – Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung zur Laufenden Rechnung:

Zustimmung zur Laufenden Rechnung:	34 Stimmen
Ablehnung der Laufenden Rechnung:	0 Stimmen

Der Laufenden Rechnung wird mit 34 Ja zu 0 Nein zugestimmt.

- b) Investitionsrechnung (S. 110-133) – Keine Anträge, genehmigt.
- c) Bestandesrechnung, Inventarveränderungen, Sonderrechnungen, Spezialfinanzierungen (S. 134-165) – Keine Anträge, genehmigt.
- d) Pensionskasse der Stadt Dübendorf – Keine Anträge, genehmigt.



Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrates und der GRPK:

Der Gemeinderat genehmigt:

- die Jahresrechnung 2008
 - des Politischen Gutes
 - der Pensionskasse.
- Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 17'184'242.96 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Zustimmung zum Antrag:

34 Stimmen

Ablehnung des Antrages:

0 Stimmen

Dem Antrag des Stadtrates ist mit 34 Ja zu 0 Nein zugestimmt worden.

*** 21.10 Uhr: Sitzungsunterbruch bis 21.20 Uhr ***

9. Geschäftsbericht 2008 / Genehmigung Geschäft Nr. 222/2009

Ratspräsident Peter Bless (BDP) erläutert das Vorgehen. In der Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt. Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

a) EINTRETENSDEBATTE

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Vizepräsident Daniel Brühwiler (GEU):

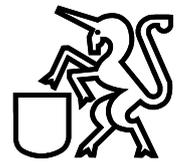
Die GRPK beantrage Eintreten in die Detailberatung.

Keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

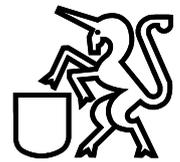
b) DETAILBERATUNG

Stellungnahme GRPK durch GRPK-Vizepräsident Daniel Brühwiler (GEU):

„Der sorgfältig gestaltete Geschäftsbericht legt Zeugnis der vielfältigen Arbeit ab, die durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Dübendorf im Dienste aller verrichtet wird. Die GRPK studierte den Bericht detailliert und stellte einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Die schriftlichen Antworten des Stadtrates würdigte die Kommission und stellte verschiedene Anschlussfragen, die in einem offenen Dialog von einer Delegation des Stadtrates beantwortet worden sind. Stellvertretend greife ich in diesem Referat verschiedene Themen auf, die uns in der GRPK wichtig sind. Die GRPK lud Edith Jöhr als Präsidentin der Primarschulpflege ebenfalls zur Diskussion über den Geschäftsbericht ein. Folgende Punkte verdienen es, im Schulbereich unterstrichen zu werden: Der Aufwand für die Kinder, die eine Sonderschulbedürftigkeit ausweisen, stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an. Wurden 2005 für 39 Kinder rund 1,7 Millionen Franken ausgegeben, stiegen diese Kosten im Berichtsjahr für 48 Kinder auf 2,6 Millionen Franken an. Eine Ursache für diese Aufwandentwicklung sei der Rückzug der IV als Auswirkung aus dem neuen Finanzausgleich NFA. Diese Kosten seien nicht beeinflussbar. Bei der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes sei die Primarschule Dübendorf auf Kurs. Die



Umsetzungsmassnahmen setzten 2006 ein mit der Einführung von Schulleitung, Fachstelle für Schulbeurteilung, Blockzeiten, Jokertage und Elternmitwirkung. Noch nicht umgesetzt seien die Ergänzung der Tagesbetreuung und weitere sonderpädagogische Massnahmen (integrative Förderung, Therapien, Deutschunterricht für Fremdsprachige). Die Bildungsinvestitionen werden in Zukunft weiter steigen. Der Kanton hob die vor einigen Jahren ergriffenen Sparmassnahmen im Bildungsbereich (Klassengrössen, Wiedereinführung von Handarbeit, biblischer Geschichte) auf, was im Hinblick auf das neue Jahr einen bedeutenden Kostenschub nach sich ziehe. Der Handlungsspielraum der lokalen Behörden ist leider sehr beschränkt. Der Stadtrat plant das Strategiepapier Liegenschaften, das er vor ein paar Jahren erstellte, grundlegend zu überarbeiten und der heutigen Situation anzupassen. Die GRPK ist der Ansicht, dass diese Arbeiten wichtig und richtig sind, da in den Liegenschaften bedeutende Vermögenswerte der Öffentlichkeit gebunden sind, die unter Umständen ertragsarm vor sich her schlummern. Der Stadtrat wird ermuntert, diese Arbeiten zielgerichtet fortzuführen und auch schwierige, aber wichtige Fragestellungen wie beispielsweise die Neugestaltung des Zentrums rund um das Leepüntareal aktiv an die Hand zu nehmen. Leider bleibt das Thema Abfall nach wie vor auf der Agenda des Gemeinderates und der GRPK. Die GRPK ist einmal mehr mit der Abfallrechnung 2008 nicht zufrieden. Wiederum schliesst die Sonderfinanzierung mit einem markanten Überschuss von 310'000 Franken ab. Das Guthaben des Spezialfinanzierungskontos stieg auf 1,85 Millionen Franken. Wir sind negativ überrascht und frustriert, dass einmal mehr deutliche und klare Hinweise und Aufträge des Gemeinderates in den Wind geschlagen und ignoriert werden. Das Thema Abbau des Saldos der Abfallrechnung durch Anpassung der Gebühren steht schon seit langem auf der Agenda. Bei der Beurteilung der aktuellen Lage ist festzuhalten, dass Herr Stadtrat Rolf Güttinger klare Forderungen des Gemeinderates als Wunschkonzert oder Kürprogramm interpretiert, was die GRPK nicht mehr akzeptiert. Nur aufgrund des politischen Druckes im Gemeinderat reduzierte der Stadtrat die Gebühren im Abfallbereich mit Wirkung ab Frühjahr 2009. Die GRPK ist mit der Führung der Abfallwirtschaft im Berichtsjahr überhaupt nicht zufrieden. Nun warten wir gespannt auf das neue Abfallkonzept und seine Auswirkungen auf die finanzielle Situation. Vor diesem Hintergrund verzichteten wir bewusst auf eine Detailbeurteilung der Abfallrechnung 2008, werden aber den Sachverhalt nach Vorliegen der neuen Unterlagen detailliert und konkret beurteilen. Im Hinblick auf das Budget 2010 erwarten wir a) sorgfältig erarbeitete Daten, die sich auch gut durch Aussenstehende plausibilisieren lassen und b) einen klaren Weg, wie der nach unserer Ansicht nach viel zu hohe Saldo des Spezialfinanzierungskontos klar und deutlich reduziert werden kann. Das bis am 30. Juni 2009 verbindlich in Aussicht gestellte Abfallkonzept liegt noch nicht vor. Der Stadtrat diskutierte die geplanten Neuerungen bereits dreimal. Bevor jedoch entsprechende Beschlüsse gefasst werden, soll zuerst eine Vorprüfung durch den Kanton Zürich vorgenommen werden. Die Zeitverhältnisse bleiben heute für den Gemeinderat im Unklaren. Der Handlungsbedarf für den verantwortlichen Ressortvorstand bleibt unverändert gross. Die Arbeiten für die Auslegeordnung der Abfallwirtschaft wurden rückblickend viel zu spät konkret an die Hand genommen. Dass nun die Unterlagen ergänzend dem Kanton zur Beurteilung unterbreitet werden, stimmt uns zuversichtlich, da damit ein unsorgfältiger Schnellschuss verhindert werden kann. Zu bedenken ist allerdings, dass der Handlungsbedarf unverändert gross bleibt. In dieser Frage lässt sich die GRPK weder vertrösten noch weiterhin an der Nase herumführen. Bei einem Scheitern des Neuausrichtungsprojektes stünden nach unserer Auffassung personelle Konsequenzen an. Die GRPK will aber nicht nur auf kritische Entwicklungen hinweisen. Im vergangenen Jahr leisteten viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Stadtrates sehr gute Arbeit und bearbeiteten verschiedene Projekte, die zukunftsgerichtet sind. In diesem Zusammenhang denke ich beispielsweise an den gelungenen Abschluss eines Zusammenarbeitsvertrages mit der Gemeinde Wangen-Brüttisellen für die Uebernahme der polizeilichen Aufgaben durch die Stadt Dübendorf. Ich denke, dass dieses Beispiel auch in anderen Bereichen Schule machen könnte. Nach meiner Ansicht gilt es, im Kleinen regionale Aufgaben gemeinsam anzugehen, damit die knappen Mittel der öffentlichen Hand zielgerichtet und wirtschaftlich eingesetzt werden können. Ich ermuntere den Stadtrat, auf diesem Weg weiterzugehen.



Die GRPK beantragt dem GR einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.“

Abschnittweise Behandlung:

- Kapitel 1: Gemeinderat (S. 2-3) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 2: Stadtrat (S. 4-8) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 3: Geschäftsleitung (S. 9-15) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 4: Allgemeine Verwaltung (S. 16-18) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 5: Finanzen, Steuern und Liegenschaften (S. 19-23) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 6: Sicherheit, Einwohner und öffentlicher Verkehr (S. 24-28) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 7: Planung (S. 29-30) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 8: Hochbau (S. 31-32) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 9: Tiefbau (S. 33-35) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 10: Soziales (S. 36-42) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 11: Bildung (S. 43-47) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.
- 12: Einzelbeamtungen (S. 48) – Keine Anträge / Fragen, genehmigt.

Abstimmung:

Genehmigung Geschäftsbericht 2008:	34 Stimmen
Nichtgenehmigung Geschäftsbericht 2008	0 Stimmen

Der Geschäftsbericht 2008 ist damit mit 34 Ja zu 0 Nein genehmigt.

10. Sieben Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Die folgenden fünf Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Die BRK unterstützt diese Anträge einstimmig. Es wird deshalb auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 205/2009

Barbir Katica, kroatische Staatsangehörige, Untere Geerenstrasse 2

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 206/2009

De Vito Gaetano und Liliana geb. Ponticello, italienische Staatsangehörige, Stägenbuckstrasse 23

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine



Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 207/2009

Horvath Janos und Maria geb. Varga, ungarische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 9

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 209/2009

Abdullahi Mohamed Hodan und Abdi Muse sowie das Kind Ibrahim, somalische Staatsangehörige, Überlandstrasse 226

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	8 Stimmen

Geschäft Nr. 210/2009

Antic Slavica geb. Aleksic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Bachstrasse 6

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	20 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, folgendes Gesuch abzulehnen:

Geschäft Nr. 227/2009

Kavakli Hasim und die Kinder Ayse, Ibrahim, Ömer und Fadime Nur, türkische Staatsangehörige, Glärnischstrasse 4, 8604 Volketswil

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (3 Ja zu 0 Nein)
Begründung BRK (Referentin Valeria Rampone):	Der Wohnort der Familie ist Volketswil. Nur in Härtefällen werden Ausnahmen gemacht, wo der Wohnort nicht mehr Dübendorf ist. Die Ehefrau und die Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, können sich nicht auf Deutsch verständigen. Die Ehefrau lebt seit neun Jahren in der Schweiz und spricht kein Wort Deutsch. Der Gesuchsteller ist



nicht berufstätig und hätte somit Zeit gehabt, sich um die Kinder zu kümmern, damit seine Frau hätte Deutsch lernen können. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass der Gesuchsteller kein Interesse hat, seine Familie aktiv in die Schweizer Gesellschaft zu integrieren. Es besteht eine mangelnde, soziale Integration.

Für Antrag SR / BRK:	30 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

Ablehnungsgrund:
Der Wohnort des Gesuchstellers ist nicht mehr Dübendorf.

Zustimmung Ablehnungsgrund:	30 Stimmen
Ablehnung Ablehnungsgrund:	0 Stimmen

Das Gesuch 227/2009 ist damit abgelehnt.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, folgendes Gesuch abzulehnen:

Geschäft Nr. 228/2009

Herceg Jelena, geb. Herceg, kroatische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 16

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Ablehnung des Antrages SR und damit Annahme des Bürgerrechtsgesuches (2 Ja zu 2 Nein, Stichentscheid der Präsidentin)
Begründung BRK (Referentin Valeria Rampone):	BRK-Annahme „Antrag des Stadtrates auf Ablehnung“: Die Minderheit unterstützt den Antrag des Stadtrates auf Ablehnung des Gesuches. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Integration der Bewerberin hinsichtlich der Vertrautheit mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche. Durch ihre Widersprüche wird ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. BRK-Ablehnung „Antrag des Stadtrates auf Ablehnung“: Die Gesuchstellerin erfüllt die Einbürgerungskriterien punkto deutsch- und staatsbürgerlichen Kenntnisse. Da gegen die Gesuchstellerin keine Strafverfahren offen und auch keine Einträge im Strafregister vorhanden sind, kann von einem reinen Leumund ausgegangen werden. Gemäss Wissensstand der BRK bestehen keine rechtlich fundierten Gründe, für eine Ablehnung des Gesuches von der Gesuchstellerin.

Für Antrag SR (Ablehnung des Gesuches):	21 Stimmen
Für Antrag BRK (Annahme des Gesuches):	10 Stimmen



Ablehnungsgrund:

Es bestehen erhebliche Zweifel an der Integration der Bewerberin hinsichtlich der Vertrautheit mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche (§21, Abs. b der Bürgerrechtsverordnung des Kantons Zürich).

Zustimmung Ablehnungsgrund:

23 Stimmen

Ablehnung Ablehnungsgrund:

7 Stimmen

Das Gesuch 228/2009 ist damit abgelehnt.

Einwände

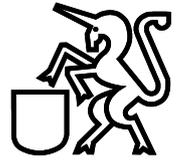
Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär

Marcel Amhof



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler